



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/289

12. Dezember 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

|  |     |
|--|-----|
| Adenauers Partei im Umbruch                    | S.1 |
| Sowjetzonalen Fischer auf "Forschungs-Fahrten" | S.3 |
| Das Volkswagenwerk sei gemeinnützig            | S.4 |

## Die Krise in der CDU

K.P.Sch. In der CDU sind organisatorische Veränderungen in Vorbereitung bzw. im Gange, die das wankende Gefüge festigen und einem weiteren Verfall vorbeugen sollen. Denn natürlich weiss man in der CDU selbst am besten, dass die "Erholung" von Berlin nicht das geringste mit einer echten Gesundung zu tun hat.

Als die CDU nach dem Zusammenbruch zum erstenmal in Erscheinung trat, konnte der unbefangene Beobachter diesen politischen Geburtsakt noch mit ehrlichem Interesse, vielleicht sogar mit Sympathie begrüssen. Handelte es sich doch scheinbar um eine "neue Partei, die sich anfänglich besonders viel darauf zu Gute hielt, vor 1933 noch nicht existiert zu haben und darum als Institution nicht mit irgendwelchen Fehlern aus der Epoche der Weimarer Republik belastet zu sein. Bahnbrechend wollte die CDU auf dem Gebiet der Versöhnung der Konfessionen vorangehen; bahnbrechend wollte sie aber auch auf dem Gebiet der sozialen Befriedung und des wirtschaftlichen Ausgleichs wirken. Einige ihrer massgebenden Politiker, darunter ein heutiger Bundesminister, erklärten ausserdem mit Nachdruck, ihr politisches Handeln werde von einem "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" gespeist sein. Nun kann freilich jede nur denkbare Spielart des Sozialismus in ihrem Wert allein an handfesten sozialistischen Realitäten überprüft werden, die sie selber schafft oder doch wenigstens zu schaffen bereit ist. Immerhin liess es die CDU auch hier ursprüng-

lich an Beweisen ihres "guten Willens" nicht fehlen. Heisst es doch wörtlich in ihrem Ahlener Sozialprogramm von 1947: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen."

Nun, in drei Jahren Erhardtscher Wirtschaftspolitik und in fast anderthalb Jahren Bonner Machtpolitik hat nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die Weltöffentlichkeit zu spüren bekommen, was die CDU eigentlich in einem kühnen dialektischen Kunstgriff unter "Neuordnung von Grund auf" versteht: man könnte es auch als Restauration und Besitzverteidigungspolitik um jeden Preis bezeichnen. Eine auch nur schattenhafte Vorstellung der notwendigen Konsequenzen des Ahlener Programms - von einem "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" schon gar nicht zu sprechen - hätte die CDU bei einer Orientierung ihres politischen Kurses auf weite Sicht an die Seite der SPD verweisen müssen. Das Gegenteil ist überall der Fall: um nur ja um eine unmissverständliche Aktivierung sozialen Willens herumzukommen, sucht die CDU vielmehr Anschluss bei den reaktionärsten politischen Gebilden, ob es sich nun um die Deutsche Partei oder um die Bayernpartei handeln möge.

Soziologisch betrachtet ist diese Entwicklung nur natürlich. Das Gewicht ihrer Mitglieder und Wähler, von gewissen Gebieten mit einer konfessionell gebundenen Arbeiterschaft abgesehen, verweist die CDU eindeutig in die Rolle einer Mittelstands- und Besitzbürgerpartei. Soziale oder sogar sozialistische Deklarationen bekannter CDU-Mitglieder stellen nur Privatmeinungen ohne wirkliches politisches Gewicht dar. An der Seite von Schwarz-Weiss-Rot und mit einem Gefolge entnazifizierter Beamter ist es um eine "Neuordnung von Grund auf" schlecht bestellt. Wie lange glaubt aber die CDU, sich noch darüber täuschen zu dürfen, dass auch die breiten Massen ihr Votum künftig mehr und mehr von dieser primitiven Erkenntnis abhängig machen werden?

- - - - -

Grotewohls Fischer im Öresund

KRK.Malmö, im Dezember

Die Sowjetunion zeichnet sich bekanntlich durch umfangreiche Forschungstätigkeit aus. Expeditionen ins Eismeer und bis zum Nordpol, die aufmerksame Beobachtung Spitzbergens und Grönlands usw. tragen zu geographischen Kenntnissen bei, die man in Moskau für ungemein nützlich hält. Da die russischen Forscher aber in anderen Weltgegenden voll beschäftigt sind, haben sie einen Teil der nützlichen Entdeckungsarbeit ihren europäischen Assistenten übertragen. Insbesondere den Männern Grotewohls wurde eine bemerkenswerte Aufgabe zuteil: sie haben sich mit der Kartographierung der schwedischen Öresundhäfen zu beschäftigen.

Zu diesem Zwecke werden kleine Flottillen von Fischerbooten ausgerüstet. Sie sind alle mit nagelneuen Netzen und Behältern versehen und werden von geschickten Seeleuten gesteuert. Sie finden ohne Lotsen in die verborgensten und schwerst zugänglichen schwedischen Häfen und haben zu zweit, zu dritt oder zu viert bisher Visiten gemacht in Hälsingborg, Höganäs, Landskrona, Malmö, Falkenberg und Trelleborg, nachdem sie von der dänischen Polizei höflich aber bestimmt aus den dänischen Häfen verwiesen worden waren. Nach Aussage der Besatzungen mussten die Boote infolge harten Wetters in den Häfen Schutz suchen, nachdem sie den Fang über Bord geworfen hatten. Die Untersuchung der Boote ergab jedoch, dass weder die Fischnetze noch die Fischbehälter verwendet worden waren, dass es sich offensichtlich also um Tarnnetze gehandelt hat. Die schwedische Polizei ist nicht so energisch wie die dänische, sie hat sich darauf beschränkt, den Kontakt der Besatzungen mit den Einwohnern zu verhindern. Die Boote konnten ungestört wieder abfahren und haben sich gewöhnlich zum nächsten Hafen begeben. Was sie, an den Küsten entlang segelnd, vorhaben, konnte noch nicht ausgeforscht werden.

Die schwedische Polizei aber beschäftigt sich augenblicklich mit der Existenz mystischer Agenten, die von fremden Booten an Land gesetzt werden und bald in Malmö, bald in Göteborg, Stockholm und anderen Orten auftauchen und wieder verschwinden. Es mehren sich auch die Fälle, da Leute, die vor einiger Zeit als Flüchtlinge nach Schweden gekommen sind, von unwiderstehlichem Heimweh gepackt werden und nach

Hause zu reisen begehren. Sie werden von den schwedischen Behörden nicht an der Ausreise gehindert, sondern können sich in ihre verschiedenen Vaterländer begeben - um einige Erkenntnisse und Erfahrungen reicher. Als ob es, da die schwedische Landkarte schon lange in einwandfreier Fassung fertiggestellt ist, noch solcher Wikingerfahrten bedürfe.

Die oben genannten Bootsbesatzungen stehen unter dem Kommando von "Aufklärern" - das ist eine neue Funktion in der ostdeutschen Schifffahrt! -, die es nicht schwer haben dürften, mit vorausgeschickten "Aufklärern" in der Gestalt von Flüchtlingen und anderen illegal ins Land Gekommenen Verbindung aufzunehmen. Vorausgesetzt, dass es der schwedischen Polizei nicht gelingen sollte, diese verdächtige Aufklärertätigkeit lahmzulegen. Die sehr beunruhigte schwedische Öffentlichkeit hält zwar nach wie vor viel von der Gastfreundschaft, möchte sich aber die Fischer Grotewohls gerne vom Leibe halten - wie freundlich und anhänglich diese auch auftreten mögen.

- - - -

#### Das Volkswagenwerk sei gemeinnützig

sp. Rund 300 000 ehemalige Volkswagensparer warten auf den 8. Januar. An diesem Tag soll der erste Zivilsenat des Oberlandesgerichts von Celle als Berufungsinstanz darüber entscheiden, ob das Urteil der ersten Instanz in Hildesheim, das zugunsten des Werkes ausgefallen war, zu Recht besteht oder ob das Volkswagenwerk verpflichtet ist, die Forderungen der Volkswagensparer zu befriedigen.

Auch dies ist ein Prozess aus der Konkursmasse des dritten Reiches. Ob man darüber so billig hinwegkommt wie das Landgericht von Hildesheim, das die Sparer an Hitler verwies, von dem sie betrogen worden seien, oder so teuer, wie die Sparer ursprünglich verlangten, mit einem vollersparten Volkswagen befriedigt zu werden, was rund 1,44 Mrd. M erfordert hätte, das zu entscheiden war gewiss nicht leicht. Man kann aber Oberlandesgerichtsrat a.D. Prof. Dr. Lehmann-Köln, der in einem Gutachten erklärt hat, das Landgericht Hildesheim habe versäumt, die notleidenden Verträge aus der Vorkriegszeit den heutigen Verhältnissen anzupassen, nicht das Bemühen eines anerkannten Juristen absprechen, die leidige Angelegenheit aus der politischen Sphäre in die des Rechts zu bringen.

Wie immer das Oberlandesgericht entscheiden wird, ein

Moment, das in Celle das Rückgrat der Klage bildet, lässt sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Die klagende Partei hat sich darauf berufen, dass das Volkswagenwerk laut Gründungsurkunde ein gemeinnütziges Unternehmen sei, das nicht auf Gewinn zu arbeiten habe. Auf dieses Moment pochen die Volkswagenparer und sie verlangen, sechs Jahre hindurch aus dem Gewinn des Werkes befriedigt zu werden. Das ist zwar ein Widerspruch in sich, weil man das Werk einmal zur Gemeinnützigkeit anhalten, zum anderen Male aber den weiteren Gewinn beanspruchen will, aber das zu klären, ist ebenfalls Sache des Gerichts.

Jedoch, das Stichwort von der Gemeinnützigkeit des Volkswagenwerkes ist gefallen und es dürfte nicht mehr aus der Diskussion verschwinden. Das heutige Werk hat von dem ursprünglichen Unternehmen die Konstruktionspläne, den Namen, und, soweit erhalten geblieben, die Anlagen und Maschinen übernommen; die Gemeinnützigkeit aber hat es vergessen. Es hat wie jede andere privatwirtschaftliche Autofabrik erzeugt und verkauft, aber nicht zum Selbstkostenpreis, wie ihm einmal vorgeschrieben worden war, sondern mit einem Gewinn, der es ermöglichte, in knapp zweieinhalb Jahren nach der Währungsreform die rund 60% der Gesamtanlagen betragenden Kriegszerstörungen aufzu unter vortrefflicher kaufmännischer Leitung, was nicht verheimlicht werden soll. Ein Volkswagen konnte der Nachkriegs-Volkswagen aber hinsichtlich des Preises unter diesen Umständen nicht werden.

Nach Erklärungen des Generaldirektors Nordhoff ist nun der Wiederaufbau im wesentlichen abgeschlossen, das bedeutet also, dass das Werk in seiner materiellen Substanz zumindest den Stand von 1939 erreicht hat, hinsichtlich der Belegschaft aber die Erfahrungen von fünf arbeitsreichen Friedensjahren besitzt. Damit ist der Zeitpunkt gekommen, da das Motiv der Gemeinnützigkeit in den Vordergrund gerückt, da der Volkswagen auch im Preis wirklich ein Volkswagen werden muss. Dazu gehört auch, dass der Bundeswirtschaftsminister als oberster Treuhänder des Werkes nachholt, was er bisher versäumt hat, nämlich dem Werk einen Aufsichtsrat zu geben, wie es einem Unternehmen zusteht, das erstens Gemeineigentum und zweitens zur Gemeinnützigkeit bestimmt ist.